

Kasse machen mit Negativzins?

Linke kritisiert Sparkasse / Bank gebe günstige EZB-Konditionen nicht an Eigentümer weiter, die Zeche zahle der Steuerzahler

Von Ingo Berghöfer

GIESSEN. Der wahrscheinliche Anleiheausfall von zehn Millionen Euro, die die Stadt Gießen bei der mittlerweile insolventen Greensill-Bank angelegt hatte, sei mehr oder weniger eine direkte Folge der Negativzinspolitik der Banken, betont der Fraktionsvorsitzende der Linken im Gießener Kreistag, Reinhard Hamel. Alle Kommunen müssten mittlerweile selbst für ihre Tagesgeschäfte, die sie über die Sparkasse abwickelten – weil sie ja Teilhaber seien –, inzwischen Negativzinsen zahlen. Dabei handelt es sich beispielsweise beim Landkreis um zeitweise erhebliche Beträge, weil bestimmte Zahlungen von Bund oder Land für mehrere Monate im Voraus erfolgten und dann nicht selten zweistellige Millionenbeträge ausmachten. Der Leiter der Stadtkämmerei hatte unlängst bei einer Pressekonferenz die Höhe der städtischen Negativzinsen bei einer Anlage bei öffentlich-rechtlichen Instituten auf einen „mittleren sechsstelligen Betrag“ taxiert.

Der Nettoerlös der Sparkasse aus Negativzinsen, also abzüglich der bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu bezahlenden Einlagegebühren belaufe sich auf einen hohen sechsstelligen Betrag im Jahr, meint Hamel. „Da suchen die Kommunen natürlich nach Anlagemöglichkeiten, um Geld zu sparen, zur Not eben auch bei Schattenbanken wie wir jetzt gesehen haben.“

Die EZB hat aber bereits am 12. September 2019 die Einführung eines zweistufigen Systems für die Verzinsung der Reserveguthaben von Banken beschlossen, bei dem ein Teil der Überschussliquidität der Institute (damit sind über die Mindestreserveanforderungen hinausgehende Reserveguthaben gemeint) von der negativen Verzinsung zum geltenden Einlagezinssatz befreit wird.

Freibeträge versechsfacht

Der Umfang dieses Reserveguthabens, das vom Einlagesatz ausgenommen ist, wird als Vielfaches des Mindestreserve-Solls des betreffenden Instituts berechnet. „Dieser ausgenommene Teil der gehaltenen Überschussliquidität wird mit einem jährlichen Zinssatz von null Prozent verzinst.“, heißt es in einer Pressemitteilung der EZB. Dieses zweistufige System wurde am 30. Oktober 2019 mit



Für die Linken ist das Greensill-Anlage-Fiasko der Stadt teils auch Folge der Finanzgeschäfte der Sparkasse. Archivfoto: Friesen

einem Multiplikator von 6 eingeführt. Für die Sparkasse Gießen beispielsweise heißt das, dass sie seit anderthalb Jahren den sechsfachen Betrag ihrer Mindestreserve ohne Zinsverluste anlegen kann. Vorher musste sie auf ihre Guthaben bei der Bundesbank, nach Abzug der bei dieser zu haltenden Mindestreserve einen „Strafzins“ von 0,4 Prozent entrichten. Daher wurden zunächst einmal Unternehmen und Kommunen (als Träger von Sparkassen) entsprechend zur Kasse gebeten.

Diese Strafzahlungen an die Bundesbank und die als Ausgleich eingenommenen Zahlungen von den Kunden wurden von vielen Sparkassen in den jährlichen Geschäftsberichten indes verschwiegen, moniert der Kreisfraktionsvorsitzende der Linken. Als eine der wenigen Sparkassen habe die Sparkasse Landshut im Geschäftsbericht 2016 diesen Bilanzposten genannt: Auf Strafzinsen an die Bundesbank entfielen 2016 in Landshut 51 000 Euro. Die Belastung der Sparkassenkunden belief sich jedoch auf 185 000 Euro. Aber auch in Landshut wurden ab 2017 diese Zahlen nicht mehr veröffentlicht. Die „Strafzinsen“

hatten sich offenbar zu einem ebenfalls lukrativen wie stillschweigend betriebenen Geschäftszweig der Sparkassen entwickelt, folgert Hamel. Die Bilanzsumme der Sparkasse Gießen betrug im Geschäftsjahr 2019 bei der Bundesbank 1,92 Milliarden Euro. Ein Prozent davon, also 19,2 Millionen Euro, sind die bei der Bundesbank zu haltende Mindestreserve. Im Rahmen der Neuregelung standen der Sparkasse 115,2 Millionen Euro an Einlagen bei der Bundesbank (19,2 mal 6) mit dem Zinssatz Null zur Verfügung. Bis zum 30. September 2019 hätte die Sparkasse Gießen Negativzinsen in Höhe von 434 667 Euro zahlen müssen. Seit der am 1. Oktober 2019 in Kraft getretenen Neuregelung der EZB sind es aber nur noch 63 496 Euro.

Die Belastung der Sparkassenkunden mit Negativzinsen, insbesondere für den Landkreis Gießen sowie die zehn Städte und Gemeinden aus dem Landkreis, die die Sparkassen tragen, sei daher, so Hamel, seit Oktober 2019 wegen Geringfügigkeit nicht mehr gerechtfertigt. Anfang 2020 habe er Landrätin Anita Schneider diese Berechnungen seiner Fraktion übergeben, mit der Bitte, diese Thematik

bei der Sparkasse anzusprechen. „Dafür hat sie sich ausdrücklich und nachhaltig bedankt. Gehört haben wir seitdem aber nichts mehr.“

„Politik reagiert nicht“

Hamel's Berechnung basiert auf Analysen von Dr. Rainer Gottwald und Prof. Jürgen Ellenberger vom Bürgernetzwerk Bayern und ergibt sich aus den Bilanzzahlen der Sparkasse von 2019. Aktuellere Zahlen liegen derzeit nicht vor. Viel geändert haben dürfte sich seitdem allerdings nichts für die Kreditinstitute. „Die Einlagenzinssätze deutscher Banken verharren größtenteils an der Nulllinie“, heißt es etwa im Monatsbericht Oktober 2020 der Deutschen Bundesbank.

Nicht die Negativzinsen der EZB sind übrigens laut Bundesbank das Problem, sondern die sinkende Zinsmarge (also die Differenz zwischen dem Einlagenzins bei der Bundesbank und den Kreditzinsen die die Kunden zahlen müssen). Das falle ergebnistechnisch viermal stärker ins Gewicht als Strafzinsen auf die Überschussliquidität.